

Verschärfte Internet-Kontrollen

Die Regierung Singapurs hat die Gesetzgebung hinsichtlich des Gebrauchs des Internets verschärft. Die Sicherheitsbehörden haben nun erweiterte Kontrollmöglichkeiten, um den potentiellen Missbrauch des Internets zu unterbinden. Kritiker sehen in den neuen Bestimmungen Parallelen zum Internal Security Act, das die Festnahme und Inhaftierung verdächtiger Personen auch ohne formelle Anklage und Gerichtsverfahren ermöglicht.

Auf der Basis der Verschärfung des Computer Misuse Act können die Behörden in Zukunft elektronische Netzwerke überwachen und Personen, die des Hackens und der Verbreitung von Computerviren verdächtigt werden, verhaften.

Bereits zuvor mussten Hacker im Stadtstaat mit empfindlichen Strafen rechnen. Die neueste Verschärfung des Gesetzes erweitert die Kontrollbefugnis der Behörden und wird daher von Kritikern als weiterer schwerer Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger gewertet. Oppositionspolitiker befürchten, dass sich die Verschärfung weiter negativ auf die Arbeit der Opposition im Lande auswirkt. Bereits jetzt ist es in Singapur nicht möglich, das Internet für Wahlwerbung zu nutzen, was vor allem die Oppositionsparteien benachteiligt, die kaum über Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit verfügen.

Zugleich hat Singapurs Regierung noch einmal darauf

hingewiesen, dass die bestehenden Bestimmungen zur Kontrolle und Zensur der Medien weiterhin ihre Gültigkeit haben. Eine Lockerung der Bestimmungen ist auch im Hinblick auf Singapurs angestrebte Rolle als regionalem Medienstandort nicht vorgesehen. So machte Informationsminister Lee Boon Yang noch einmal deutlich, dass die Regierung an ihrer bisherigen Praxis einer strikten Kontrolle der Medien und der Zensur einzelner Inhalte festhalten werde. An die Adresse ausländischer Medienvertreter erging dabei die Aufforderung, auch in Zukunft von einer ›Einmischung‹ in innere Angelegenheiten des Stadtstaats abzusehen.

nachrichten

vgl.: AFP, Singapore, 11.11.2003; Financial Times, 11.11.2003, AFP, 12.11.2003; Intern. Herald Tribune, 13.11.2003

Mehr Rechte für Maids

Die Regierung Singapurs ist unlängst aufgefordert worden, neue gesetzliche Bestimmungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen ausländischer Hausmädchen zu verabschieden. Die Forderungen einer Singapur NGO beinhalten gesetzliche Regelungen für Arbeitsverträge und Mindestlöhne ebenso wie Forderungen nach einer Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen der Frauen. Das *Working Committee 2* verlangt darüber hinaus die Festschreibung von Mindeststandards für die medizinische Versorgung von im Land beschäftigten Maids und eine einheitliche Regelung der Ruhetage. Bisher gibt es im Stadtstaat, in dem nach offiziellen Angaben mehr als 140.000 junge Frauen, die meisten davon aus den Philippinen, als Hausangestellte arbeiten, kaum entsprechende Regelungen.

vgl.: AFP, 4.12.2003

Mehr Arbeitslosigkeit, mehr Armut

Die Arbeitslosenrate ist trotz leichter wirtschaftlicher Erholung weiter angestiegen. Ende Oktober 2003 vermeldeten die Behörden Singapurs eine Arbeitslosenrate von 5,9 Prozent. 4500 neugeschaffenen Stellen im Dienstleistungssektor standen im dritten Quartal des letzten Jahres mehr als 25.000 abgebaute Stellen vor allem im Hotel- und Gaststättengewerbe gegenüber. Beobachter gehen davon aus, dass die Zahl der Arbeitslosen trotz verbesserter Konjunktorentwicklung auch 2004 kaum nennenswert zurückgehen wird.

Einer Studie der National University zufolge werden in den kommenden Monaten mehr als 130.000 neue Stellen nötig, damit die bisherige Arbeitslosenrate nicht weiter ansteigt. Allein in diesem Jahr drängen circa 45.000 Schulabgänger auf einen Arbeitsmarkt, der in den letzten beiden Jahren vor allem durch Stellenabbau gekennzeichnet war. Trotzdem rechnet der Gewerkschaftsverband NTUC mit einem Rückgang der Arbeitslosenrate in diesem Jahr auf einen Wert von etwa vier Prozent.

Dabei wird von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum zwischen drei und fünf Prozent ausgegangen.

Infolge der anhaltenden Beschäftigungskrise ist auch die Zahl der Menschen angestiegen, die an Speisungen teilnehmen, die von einigen Tempelgemeinden angeboten werden. So berichten Vertreter der Singapore Buddhist Lodge, dass mittlerweile mehr als 1.000 Menschen täglich an den von der Gemeinde organisierten Speisungen teilnehmen; an Sonntagen soll ihre Zahl mehr als 4.500 betragen. Auch ein Sikh Tempel bietet solche Speisungen, die von vielen Gemeindemitgliedern, aber auch von Bewohnern der umliegenden Wohnviertel besucht werden.

vgl.: Financial Times, 31.10.2003; AFP, Singapur, 9.11.2003, AFP, Singapur, 14.1.2004

HIV-Infektionen weiter gestiegen

In den ersten zehn Monaten des Jahres 2003 verzeichnete der Stadtstaat einen weiteren Anstieg der Zahl der HIV-Infektionen. Nach Angaben der Regierung gab es in diesem Zeitraum insgesamt 201 neue Fälle gegenüber 189 Fällen im selben Zeitraum des Vorjahres. Seit dem ersten HIV-Fall im Jahre 1985 haben sich in Singapur bisher 2034 mit dem tödlichen Virus infiziert. Bisher sind 776 Menschen im Stadtstaat an AIDS gestorben, bei weiteren 448 wurde der Ausbruch der Immunschwächekrankheit AIDS bisher diagnostiziert.

Noch immer sind es vor allem Männer, die mit dem tödlichen Virus infiziert sind – sie stellen 88 Prozent aller gemeldeten Fälle. Und es sind vor allem heterosexuelle Männer, die sich mit dem Virus infizieren – hier vor allem durch sexuellen Kontakt zu Prostituierten in Singapur und dem nahen Ausland. Die Veröffentlichung der Statistik verband die Regierung mit einem Aufruf zu ›Safer Sex‹-Praktiken.

vgl.: AFP, 24.11.2003